Islam-Kurs der AfD sorgt weiter für Diskussionen

21. April 2016

Bonn (KNA) Der Islam-Kurs der AfD sorgt weiterhin für Diskussionen. Der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick hob die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit hervor. „Menschen müssen ihre Religion leben und auch entsprechende Gotteshäuser bauen können“, sagte er am Mittwoch in Bamberg der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA).

Vielmehr brauche es Dialogbereitschaft, so Schick weiter. „Einfach jemanden ausgrenzen, weil er eine bestimmte Religion hat, ist nicht christliches Abendland und auch nicht von unserer Verfassung gedeckt“. Zugleich müsse mit Muslimen über Gleichberechtigung, Religionsfreiheit und Gewalt im Namen von Religion gesprochen werden – „bei uns und auch in den muslimisch geprägten Ländern.“

Die AfD-Debatte dreht sich vor allem um das geplante Grundsatzprogramm der Partei. Es wird Ende April verabschiedet. Dabei soll der Islam als Religion als unvereinbar mit der freiheitlichen Verfassung beschrieben werden. Laut der stellvertretenden Vorsitzenden Beatrix von Storch will die Partei unter anderem Minarette und Muezzin-Rufe verbieten.

Der Liberal-Islamische Bund erklärte, die AfD habe offenkundig „Nachholbedarf bezüglich des Islambildes“. Die meisten Muslime in Deutschland fühlten „ganz selbstverständlich demokratisch“ und lebten „immer mehr einen zeitgemäßen Islam“. Die politischen Dimensionen des Islam spielten für den Großteil von ihnen „eine untergeordnete Rolle“, so der Verband in Duisburg. Es brauche weder „historisch unstimmige Vergleiche“ noch „Forderungen nach Sanktionen, die die Religionsfreiheit aushebeln“.

Der evangelische Theologe Peter Dabrock warnte vor einer pauschalen Verurteilung der gesamten AfD. Innerhalb der Partei gebe es unterschiedliche Strömungen, sagte er im Deutschlandfunk. So hätten christlich-konservative Kreise etwa in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg durchaus Einfluss auf die Parteilinie. Manche dieser Menschen fühlten sich angesichts des Wandels etwa des Familienbildes politisch heimatlos, so Dabrock. Es sei nicht sinnvoll, sie in die rechte Ecke zu stellen.

Inwieweit sich die AfD als christliche Partei versteht, bleibt ebenfalls umstritten. Nach Einschätzung des Sozialwissenschaftlers Alexander Häusler will sie nicht als christlich-fundamentalistische Partei erscheinen. So sei der derzeitige Entwurf für das Parteiprogramm „entschärft“ worden, erläuterte Häusler im Deutschlandfunk. Die Frage nach einer Wiedereinführung des Schuldprinzips im Scheidungsrecht werde beispielsweise nicht mehr gestellt – im Gegensatz zu einem früheren Programmentwurf.

Der frühere CSU-Generalsekretär Thomas Goppel warf der AfD unzulässige Verallgemeinerungen vor. Sie habe teils Positionen seiner Partei übernommen, sagte er im Deutschlandfunk. Das sei aber kein Beleg dafür, dass die beiden Parteien gleich dächten. So

habe sich die CSU als erste dafür ausgesprochen, dass Imame auf Deutsch predigen sollten. (KNA – qkomk-89-00015)

Stand: 13. November 2026